

Antworten der Partei DIE GRÜNEN auf die Wahlprüfsteine vom Netzwerk Weitblick anlässlich der Europawahl 2019

1. Sind Sie / Ist Ihre Partei dafür, in der EU eine harmonisierte Besteuerung negativer sozialer und ökologischer externer Effekte vorzusehen, etwa eine Steuer auf Kohlendioxid?

Antwort: Wir wollen einen wirksamen CO₂-Preis für alle Sektoren einführen und damit die Lenkungswirkung hin zu klimaverträglichen Investitionen deutlich verstärken. Die Bepreisung soll dynamisch angelegt werden, also in planbaren Schritten ansteigen. Die Idee dahinter: Wer das Klima schont, bei dem macht sich dies am Ende des Jahres positiv in der Kasse bemerkbar. Wer aber das Klima schädigt, hat am Ende weniger. Ökologisch ehrliche Preise schützen nicht nur die Umwelt und unsere Ressourcen, sondern schaffen Anreize für Innovationen und Investitionen in klimafreundliche Produkte und belohnen Unternehmen, sowie Verbraucher*innen, die mit Ressourcen verantwortungsvoll umgehen und z.B. durch innovative Technologien Emissionen vermeiden. Wir suchen beim CO₂-Preis die europäische und globale Kooperation. Aber wir wollen uns nicht hinter ihr verstecken. Deutschland sollte den anderen europäischen Staaten folgen, die bereits eine CO₂-Bepreisung eingeführt haben, im Idealfall mit weiteren europäischen Nachbarstaaten, die willens sind, voranzugehen. Eine Ausweitung auf eine gesamteuropäische oder globale Lösung sollte dann folgen.

2. Sind Sie / Ist Ihre Partei für die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU in der Steuerpolitik, damit Steuersätze in der EU einheitlich festgelegt werden können, etwa für ökologische Ziele wie die Energiewende?

Antwort: Die Einstimmigkeitsregel in Steuerfragen blockiert Fortschritte bei der Energiebesteuerung genauso wie beim Kampf gegen Steuervermeidung von Konzernen und gehört deshalb abgeschafft. Umweltverschmutzung muss einen Preis haben, deshalb dürfen einzelne EU-Regierungen nicht länger eine Energiesteuer blockieren können. Entscheidungen im Mehrheitsverfahren haben die EU zum Standardsetzer und weltweiten Referenzpunkt für den Schutz von Verbraucher*innen, sozialen Rechten und Umwelt gemacht. Jetzt ist es an der Zeit, dass die EU auch beim Thema Steuern und Energiewende die Führungsrolle übernimmt. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, sollte die EU-Kommission zudem einen Emissionshandel vorschlagen, der alle Wirtschaftssektoren umfasst. Damit kann ein wirksamer CO₂-Preis auch im Mehrheitsverfahren erreicht werden.

3. Einleitend meint der Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, die Europäische Union stehe vor ihrer letzten Chance, den Europäern zu zeigen, dass die EU für sie arbeitet. Sehen Sie / Ihre Partei das ebenso?

Antwort: In der Tat ist diese Europawahl ein entscheidendes Moment in der Geschichte Europas: Fallen wir zurück in einen gefährlichen Nationalismus, der in der Geschichte immer zu großen Katastrophen geführt hat? Kapitulierte die Politik vor der Globalisierung? Oder erneuern wir Europa als starke Gemeinschaft und bauen ein Europa des Klimaschutzes, der Demokratie und der Gerechtigkeit? Für uns ist klar: Wir wollen Europas Versprechen erneuern! Fatalismus ist aber fehl am Platz: Europa ist schon heute stark. Wir müssen das Haus nicht abreißen und es von Grund auf neu aufzubauen. Den größten Zeitdruck haben wir, um den Klimakollaps noch aufzuhalten. Diese Europawahl ist eine der letzten wichtigen Wahlen, um das Ruder noch herum zu reißen. Wenn wir in den nächsten 10 Jahren beim Klimaschutz nicht ernst machen, dann werden die Folgen der Erderwärmung unkontrollierbar. Das Pariser Klimaschutzabkommen ist ein großer Erfolg gemeinsamer europäischer Diplomatie. Europa muss vorangehen, damit wir diese Klimaschutzziele noch erreichen können. Traurigerweise muss die EU aber auch mittlerweile Deutschland beim Klimaschutz antreiben. Dabei liegt im Klimaschutz auch eine große Chance für neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze und Innovationen.

4. Die Kommission spricht von nennenswerten Fortschritten im Klimaschutz, in der Energiepolitik und in der Kreislaufwirtschaft und nennt weitere Ziele. Wie beurteilen Sie / Ihre

Partei diese Fortschritte?

Antwort: Die europäische Kommission adressiert punktuell immer wieder das Problem der mangelnden Ressourcenschonung und erzielt durchaus Fortschritte im Hinblick auf ein nachhaltiges Wirtschaften. Doch alle Konzepte und Regelungen sind grundsätzlich nicht ehrgeizig genug, um die dringenden Probleme insbesondere im Klimaschutz zu lösen. Nach Auffassung von uns Grünen muss der im Kreislaufwirtschaftsrecht verankerte Grundsatz der Vermeidung oberste Priorität haben. Darüber hinaus müssen Kreisläufe für z.B. Bau- oder Kunststoffe möglichst schnell geschlossen werden, um nicht weiter Raubbau an unseren Lebensgrundlagen zu betreiben. Im Bereich Kunststoffe hat die EU-Kommission mit ihrer Plastikstrategie und der Einwegplastik-Richtlinie konkrete Ideen und Regelungen formuliert, um die Plastikflut einzudämmen. Dies ist auch dringend notwendig, da überall in unserer Umwelt Plastik zu finden ist, das wir täglich über unser Wasser, unsere Nahrung und Pflegeprodukte aufnehmen. Expert*innen sprechen von der inneren Vermüllung.

Die von der EU-Kommission festgeschriebenen Verbote von Wegwerfprodukten aus Plastik, die besonders oft in der Umwelt landen, sind ein erster richtiger Schritt. Sie packen das Problem des stetig wachsenden Plastikmüllbergs aber nicht an der Wurzel. Weitere Schritte müssen folgen, um Abfälle konsequent zu vermeiden sowie Wegwerfprodukte durch umwelt- und nutzerfreundlicher Mehrwegalternativen zu ersetzen. Im Sinne des Vorsorgeprinzips müssen jetzt auf allen politischen Handlungsebenen konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um die Beseitigung des immer weiter wachsenden Plastikbergs nicht allein den künftigen Generationen aufzubürden.

Die Europäische Kommission hat sich mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens dazu mit verpflichtet, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu halten. Mit den aktuellen Klimaschutzzielen der EU ist dies nicht möglich und die Ziele müssen deutlich ambitionierter werden. Im Bereich der Energieerzeugung und der Industrie gibt es mit dem Europäischen Emissionshandel ein Instrument der Emissionsminderung, das zu Innovationen und Emissionsreduktionen führen soll. Durch die neueste Reform wurde bei diesem marktwirtschaftliche Instrument zwar einige Lücken und Fehler behoben, dennoch gibt es noch zu viele und zu günstige Zertifikate, damit echter Klimaschutz vorangetrieben werden kann. Die Europäische Union hatte sich im Energie- und Klimapakete 2020 ein Ausbauziel von 20 Prozent Erneuerbare Energien und ein Ziel von 20 Prozent Energieeinsparung gegeben. Fortschritte sind zwar zu erkennen die gesteckten Ziele werden aber höchstens knapp erreicht und dass obwohl dieses Ziel nicht besonders ambitioniert ist.

5. Die Treibhausgase sollen in der EU bis 2030 um 40 % vermindert werden. Ist dieses Ziel ausreichend für Klimaschutz? Ist dieses Ziel erreichbar?

Antwort: Ja, durch verschiedene Effizienz- und Erneuerbare Energien-Richtlinien, sowie den Europäischen Emissionshandel ist das Ziel 40% Minderung bis 2030 erreichbar. Um die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad zu halten, muss jedoch auch der europäische Beitrag ambitionierter ausfallen und das Ziel muss auf eine Reduktion von mindestens 55 Prozent angehoben werden.

6. Das Maßnahmenpaket der EU, „Saubere Energie für alle“ (Clean Energy for All) fixiert zwei Ziele der Energiewende bis 2030: Den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 32 % zu erhöhen, die Energieeffizienz auf 32,5 %. Sind diese Ziele ausreichend für Klimaschutz? Sind diese Ziele erreichbar?

Antwort: Die erneuerbaren Energien werden immer günstiger. Ein schnellerer Ausbau und die Verbindung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr machen das Ziel für 2030 leicht erreichbar. Es wäre sogar viel mehr möglich und für die Einhaltung der Pariser Klimaziele auch dringend nötig. Wir GRÜNE fordern deshalb ein Ausbauziel für die erneuerbaren Energien von 45 Prozent bis 2030 und eine Energieeinsparung von 40 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990. Nur so können wir dann in den folgenden zwei Dekaden mit weiteren Anstrengungen bis 2050 die Energieversorgung komplett aus erneuerbaren Energien decken.

7. Steuern auf Energie können nach Ansicht der EU-Kommission die Energiewende

unterstützen und zu einem nachhaltigen sowie sozial fairen Wachstum beitragen. Sehen Sie / Ihre Partei das ebenso?

Antwort: Ökostromanlagen sind schon heute günstiger als der Bau neuer fossiler Kraftwerke. Die Bepreisung von fossilen Energieträgern sorgt dafür, dass die Schäden für Klima, Umwelt und Gesundheit in die Energiekosten einfließen. So werden die Kosten für die Verbrennung von Öl, Kohle und Erdgas wirklich transparent und der Vergleich von fossilen und erneuerbaren Energien fällt noch deutlicher zugunsten der Erneuerbaren aus. Im Verkehrs- und Wärmesektor führt eine Bepreisung von Energie dazu, dass alternative Antriebe und klimaschonende Heizungen im Wettbewerb mit fossilen bestehen können. Die Bepreisung muss aber mit sozialen Maßnahmen flankiert werden.

8. Welche Schritte und welche Maßnahmen sollten in der EU als Nächstes gesetzt werden, um Klimaschutz sowie grünes und inklusives Wachstum zu erreichen?

Antwort: Ausstieg aus der Kohle bis 2030: Das bedeutet auch schnell mit dem Einstieg in den Kohleausstieg europaweit zu beginnen. Ein europaweit einheitlicher und wirksamer CO₂-Preis auf Heiz- und Kraftstoffe, sowie ein Mindestpreis im europäischen Emissionshandel, um klimafreundliches Handeln zu fördern und den Ausbau erneuerbarer Energien voranzureiben. Ambitionierte europäische CO₂-Grenzwerte für Neuwagen (Pkw und Lkw), sowie eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur. Ab 2030 dürfen europaweit nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden. Dafür heißt es jetzt die Weichenstellungen zu stellen.